

# Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald



## NIEDERSCHRIFT

der 34. Sitzung des Kreisausschusses am 20.11.2013 im großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald)

---

**Beginn:** 17:00 Uhr

**Ende:** 19:15 Uhr

### Teilnehmer:

Loge, Stephan	Landrat	
Helbig, Alexander	DIE LINKE	
Kolan, Lars	SPD	
Dr. Kuttner, Michael	CDU	
Luban, Klaus	FDP	
Schmidt, Norbert	CDU	
Seelig, Robert	DIE LINKE	vertrat Eisenhammer, Martina
Selbitz, Frank	UBL-GRÜNE/B 90	
Terno, Heiko	Bauern/Pro Schönefeld	
Tölpe, Uta	SPD	
Wille, Martin	SPD	vertrat Schluricke, Andreas

### Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Brieger, Andrea	Sachbearbeiterin Büro Kreistag
Degenhardt, Marion	Dezernentin für kommunale Angelegenheiten und inneren Dienstbetrieb
Drillisch, Marcel	stellv. Amtsleiter Jugendamt
Enders, Silvia	Amtsleiterin Ordnungsamt
Gierhardt, Walter	Amtsleiter Rechtsamt
Karnapke, Marlies	Schriftführerin
Klein, Stefan	Amtsleiter Kämmerei und Kreiskasse
Kny, Frank	stellv. Amtsleiter Rechnungsprüfungsamt
Köhler, Carola	Bereichsleiterin wirtschaftliche Beteiligungen und Tourismus
Krägel, Sybille	Leiterin Büro Kreistag
Kunze, Ralf	Vorsitzender Personalrat
Kuse, Jürgen	Amtsleiter Kataster- und Vermessungsamt
Nagel, Alexander	Amtsleiter Amt für Personal, Organisation und Service
Pretky, Antje	Ausländerberatung
Saß, Carsten	Beigeordneter und Dezernent für Bildung, Kultur, Jugend, Gesundheit und Soziales
Starke, Wolfgang	Beigeordneter und Dezernent für Finanzen, Wirtschaft sowie Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Schaaf, Heidrun	Pressestelle

### Entschuldigt waren:

Eisenhammer, Martina	DIE LINKE	wurde vertreten durch Seelig, Robert
Schluricke, Andreas	SPD	wurde vertreten durch Wille, Martin

### Gäste:

## TAGESORDNUNG

### I. Öffentlicher Teil:

#### 1. Zur Geschäftsordnung

1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

1.2 zur Tagesordnung

1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

#### 2. Vorberatung von Verwaltungsvorlagen und Anträgen für den Kreistag

2.1 Beschluss des geprüften Jahresabschlusses 2012 und Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2012 2013/106

2.2 Weiterfinanzierung der Bildungssozialarbeit im LDS aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes 2014 2013/114

2.3 Jugendförderplan des Landkreises Dahme-Spreewald für das Jahr 2014 2013/108-1

2.4 Haushaltssatzung des Landkreises Dahme-Spreewald für das Haushaltsjahr 2014 mit Haushaltsplan (hier: Überarbeitung des Entwurfes) 2013/108-2

2.5 Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen im Rettungsdienst des Landkreises Dahme-Spreewald 2013/104

2.6 Fortschreibung des Rettungsdienstbereichsplanes im Rettungsdienst für den Landkreis Dahme-Spreewald 2013/105

#### 3. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

#### 4. Genehmigung von Dienstreisen

#### 5. Informationsvorlagen

5.1 Bericht über die Umsetzung des SGB II im Jobcenter Dahme-Spreewald 2013/101

#### 6. Informationen aus den Gesellschaften

#### 7. Verschiedenes

### II. Nichtöffentlicher Teil:

#### 8. Zur Geschäftsordnung

8.1 zur Tagesordnung

8.2 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

#### 9. Beratung und Bestätigung von Verwaltungsvorlagen für den Kreisausschuss

9.1 Würdigung besonderer ehrenamtlicher Leistungen 2013 hier: Vergabeentscheidung 2013/113

#### 10. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

#### 11. Verschiedenes

Der Vorsitzende des Kreisausschusses, **Landrat Loge**, eröffnet die 34. Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

## **I. Öffentlicher Teil**

### **TOP 1. Zur Geschäftsordnung**

---

#### **TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

---

**Landrat Loge** stellt fest, dass die Einladung form- und fristgemäß erfolgte. Von elf stimmberechtigten Ausschussmitgliedern sind elf anwesend. Damit ist der Kreisausschuss beschlussfähig.

#### **TOP 1.2 zur Tagesordnung**

---

**Landrat Loge** bittet zu beachten, dass zum Tagesordnungspunkt 2.2 *Weiterfinanzierung der Bildungssozialarbeit im Landkreis Dahme-Spreewald aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes 2014* eine Austauschvorlage (2013/114) übergeben wurde.

Weiterhin wurde zum Entwurf des Haushaltsplanes 2014 eine Austauschvorlage mit der Vorl.Nr. 2013/108-2 auf den Tisch gelegt. Außerdem wurden die Stellungnahmen der Fraktionen CDU und SPD zum Haushalt 2014 auf den Tisch gelegt.

Zum Tagesordnungspunkt 5.1 *Bericht des Jobcenters Dahme-Spreewald* wurde seitens des Jobcenters ebenfalls ein überarbeiteter Bericht übergeben. Dieser wurde bereits zum Gesundheits- und Sozialausschuss am 04.11.2013 verteilt.

Überdies habe die Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 den Antrag zum demenzfreundlichen Landkreis nach der Beratung im Gesundheits- und Sozialausschuss zurückgezogen. Deshalb wurde er nicht mehr auf die Tagesordnung des Kreisausschusses gesetzt.

Weitere Anregungen, Ergänzungen oder Hinweise zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die Abhandlung erfolgt in der vorliegenden Fassung.

#### **TOP 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung**

---

Gegen die Niederschrift vom 16.10.2013 liegen keine schriftlichen oder mündlichen Einwendungen vor. Sie gilt damit als anerkannt.

**Herr Selbitz** möchte zur Einsichtnahme in nachträgliche Antworten der Verwaltung auf Anfragen von Bürgern in der Einwohnerfragestunde des Kreistages wissen, ob die bisherige Herangehensweise in dieser Wahlperiode beibehalten werden soll.

**Frau Tölpe** ist persönlich nicht dafür, die Geschäftsordnung für die Zeit bis zur Kommunalwahl im Mai 2014 noch einmal zu ändern. Eine diesbezügliche Entscheidung sollte dem neuen Kreistag überlassen bleiben.

---

**TOP 2. Vorberatung von Verwaltungsvorlagen und Anträgen für den Kreistag**

---

**TOP 2.1 Beschluss des geprüften Jahresabschlusses 2012 und Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2012, Vorl.Nr. 2013/106**

---

**Landrat Loge** erklärt, dass im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit eine einstimmige Zustimmungsempfehlung gegeben wurde.

**Herr Kolan** bittet nachzureichen, in welcher Höhe die Schulkostenbeiträge noch nicht nach erhoben wurden.

**Landrat Loge** sagt eine Zuarbeit nach aktuellem Sachstand zu. Die entsprechende Verwaltungsstruktur wurde befristet personell verstärkt, so dass nunmehr eine zügige Abarbeitung erfolgt.

**Abstimmung über die Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:**  
**- einstimmig bestätigt -**

---

**TOP 2.2 Weiterfinanzierung der Bildungssozialarbeit im LDS aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes 2014 Vorl.Nr. 2013/114**

---

**Landrat Loge** teilt mit, dass die Vorlage im Jugendhilfeausschuss, im Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur sowie im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit vorberaten wurde. Auf Grund einiger Hinweise wurden die Erläuterungen in der Vorlage weiter ausgeführt und der Beschlusstext konkreter gefasst.

Der Jugendhilfeausschuss habe Folgendes vorgeschlagen:

1. Alle bisher bestehenden Projekte werden im Jahr 2014 fortgeführt (inkl. der Stellen Denkwerkstatt Halbe und Netzwerk Gesunde Kinder).

Sofern ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen,

2. werden die bis zum 30.06.2014 befristeten Stellen der lfd. Nr. 5 – 7 der Anlage ganzjährig fortgeführt.
3. werden die bestehenden Projekte sowie die neu vorgeschlagenen Projektstellen der lfd. Nr. 1 – 3 der Anlage ganzjährig fortgeführt bzw. finanziert.

Der Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit hat die Mittel auf 307.500 Euro gedeckelt. Sollten weitere Mittel zur Verfügung stehen, befürworten die Mitglieder eine Ausweitung der Projekte.

**Herr Saß** führt zum Projekt Denkwerkstatt Halbe aus, dass eine Rücksprache mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ergeben habe, dass es wegen interner krankheitsbedingter Probleme kaum Kombinationsmöglichkeiten gibt. Der Amtsausschuss des Amtes Schenkenländchen trage sich mit dem Gedanken, die Stellenanteile des Volksbundes zumindest in Teilen zu übernehmen. Die Vorstellungen gehen dahin, von den 0,4 VZE weitere 0,2 zu übernehmen.

Zum Netzwerk Gesunde Kinder liege die Information vor, dass eine Übergabe vom Klinikum an einen anderen Träger stattfinden soll. Der neue Träger werde natürlich schauen, wie er

das Netzwerk personell untersetzt. Wahrscheinlich werde dann von der Stelle, die an das Klinikum gebunden sei, kein Gebrauch mehr gemacht.

Einzelnen Abgeordneten ging es im Ausschuss insbesondere um eine bestimmte Person. Es war aber nicht Intention der Verwaltung, bestimmte Personen zu finanzieren, sondern nur Stellen.

Wie sich der neue Träger aufstellt, könne heute noch nicht gesagt werden. Die Gespräche zwischen dem jetzigem und dem künftigen Träger laufen noch. In diese wurde der Landkreis bislang nicht eingebunden.

Für **Herrn Kolan** ist jetzt nicht ersichtlich, ob es die Stelle Netzwerk Gesunde Kinder noch geben wird oder nicht, egal wer sie trägt.

**Herr Saß** geht davon aus, dass das Netzwerk Gesunde Kinder weiterhin einen Netzwerkkoordinator haben wird; egal wer der Träger des Netzwerkes sein wird. Der Landkreis hatte in diesem Jahr über das Bildungs- und Teilhabepaket die zusätzliche Stelle Sozialarbeit am Netzwerkträger Klinikum festgemacht. Ausgehend von den 307.500 Euro werde seitens der Verwaltung jedoch vorgeschlagen, diese Stelle nicht weiter zu finanzieren.

**Herr N. Schmidt** erklärt, dass im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit informiert wurde, dass es im Ergebnis der Beratung in den anderen Fachausschüssen Veränderungen in der Vorlage gebe. Schriftlich lagen diese aber nicht vor. Es wurde dann gesagt, die inhaltliche Bewertung der Bedarfe dem Jugendhilfeausschuss zu überlassen. Festgelegt wurde allerdings, die Mittel bei 307.500 Euro zu deckeln und nur in diesem Rahmen zu verwenden. Werde alles - so wie es in der Vorlage steht - komplett finanziert, werden ca. 100.000 Euro mehr benötigt. Diese Mehrkosten trage der Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit nicht mit.

**Landrat Loge** räumt ein, dass der Vorschlag des Jugendhilfeausschusses bei einem Budget von 307.500 Euro kaum realisierbar sei. Möglicherweise lassen sich aber die Punkte 1 und 2 verwirklichen.

**Herrn Selbitz** wurde aus dem Jugendhilfeausschuss die grundsätzliche Position zugetragen, dass die sozialpolitischen Mittel unbedingt im nächsten Jahr einzusetzen und den Familien und Kindern zur Verfügung zu stellen sind.

Aus der Sicht der Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 erscheine es als dringend erforderlich, die bis zum 30.06.2014 befristeten Stellen der lfd. Nummern 5 – 7 ganzjährig fortzuführen. Wenn die Mittel nicht ausreichen, sollte eine zusätzliche Deckelung aus dem Kreishaushalt erfolgen. Die Gelder sollen aber noch nicht in den Kreishaushalt eingestellt werden, sondern dem Kreistag sollte angezeigt werden, wenn sich etwas abzeichnet.

Außerdem sei zu fragen, ob die Stelle 10 die Schulsozialarbeiterstelle an der Schule für Blinde und Sehbehinderte in Königs Wusterhausen betrifft. Damit wäre dann dem Wunsch der Elternvertreter dieser Schule nachgekommen.

**Herr Saß** bestätigt, dass dem Wunsch der Eltern entsprochen wurde.

**Landrat Loge** erinnert, dass das Bildungs- und Teilhabepaket seinerzeit in dem Wissen übernommen wurde, dass es nur eine befristete Unterstützung ist. Seiner Meinung nach bringe es auch nichts, wenn bei den beiden Schulen zum Punkt 6 und 7 die Unterstützung im neuen Schuljahr nur ein halbes Jahr gewährt werden kann.

**Herr Seelig** weist darauf hin, dass dies eine Forderung des Ausschusses für Bildung, Sport und Kultur war. Der Jugendhilfeausschuss war gegen die Fortführung der Stellen bis zum Ende des Kalenderjahres, weil dies aus fachlicher Sicht unverantwortlich sei.

Überdies sei ihm im Moment nicht ganz klar, wie viele Gelder jetzt noch aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zur Verfügung stehen. In der Vorlage stehen ja mehrere Geldbeträge.

**Herr Saß** erwidert, dass die tatsächlich verfügbaren Restmittel des Jahres 2012 für 2014 430.000 Euro betragen. Auf Seite 3 der Vorlage wurden bei jedem Vorschlag auch die Gesamtkosten dahintergeschrieben.

**Herr Seelig** führt weiter aus, dass die Frage noch offen war, ob nicht verwendete Mittel in den Haushalt einfließen oder möglicherweise verfallen.

**Herr Saß** erklärt, dass die Gelder nicht verfallen, weil es eigentlich ein Defizit im Haushalt gebe.

**Landrat Loge** war skeptisch, ob das Land nicht doch irgendwann Gelder zurückfordern könnte. Herr Saß habe aber nach entsprechenden Recherchen bestätigt, dass keine Mittel zurückgezahlt werden müssen.

**Herr Kolan** geht davon aus, dass 430.000 Euro zu verteilen sind. Auf Seite 3 der Vorlage stehe *„Die tatsächlich verfügbaren Restmittel des Jahres 2012 für 2014 betragen 430.000 Euro.“* Anschließend werden dann drei Varianten vorgeschlagen. Bedeute das jetzt, dass sich der Kreistag für eine von diesen drei Varianten entscheiden soll?

**Landrat Loge** erklärt, dass die der Vorlage beigefügte Tabelle vom Kreistag beschlossen werden soll. Dazu kommen noch die Intentionen der Ausschüsse, vor allen Dingen des Jugendhilfeausschusses. Werde den Vorschlägen des Jugendhilfeausschusses gefolgt, sei zwar alles finanzierbar, aber es fließe nichts mehr in den zu konsolidierenden Haushalt zurück.

Heute habe er auch ein Schreiben von Minister Baaske bekommen, dass im Nachtragshaushalt des Landes Brandenburg 5 Mio. Euro für die gesamte Asylbewerberthematik eingestellt wurden. Gegenwärtig werde an einer entsprechenden Förderrichtlinie gearbeitet. Möglicherweise könnten daraus die Punkte 1 und 2 finanziert werden. Das werde die Verwaltung prüfen.

**Herr Helbig** merkt an, dass vor einigen Tagen die Meldung in der Presse kursierte, dass vom Land insgesamt 19 Mio. Euro für diese Thematik zur Verfügung gestellt werden. Vielleicht beziehen sich die 19 Mio. Euro auf investive und die 5 Mio. Euro auf inhaltliche Dinge.

**Herrn Saß** liegen bisher keine schriftlichen Informationen vor, er kenne nur die Pressemitteilungen. Nach seinem Kenntnisstand sollen zwei Drittel der Gelder für Investitionen in die Landeseinrichtung in Eisenhüttenstadt verwendet werden. Der Rest werde dann auf die Kreise verteilt. Ein Verteilerschlüssel wurde bisher nicht bekanntgegeben.

**Herr Wille** stellt fest, dass sich die anfänglichen Befürchtungen der SPD-Fraktion, dass das Bildungs- und Teilhabepaket nur Sorgen bereiten werde, jetzt bewahrheiten. Andererseits sei es natürlich richtig, die vom Bund gebotenen Möglichkeiten zu nutzen.

Überdies sei es schwierig zu erkennen, was denn nun die richtige Beschlusslage sei. Offensichtlich werden drei Optionen mit Gesamtkosten von 278.500 Euro, 341.000 Euro und 425.00 Euro angeboten und es sei schwer nachzuvollziehen, warum die 430.000 Euro nicht genommen werden, wenn die Sache inhaltlich gewollt sei.

Es sei auch ehrenwert, alle Möglichkeiten zu nutzen, den Gesamthaushalt zu entlasten. Er persönlich halte es aber für sehr problematisch, Mittel zu nehmen, die für einen ganz bestimmten Zweck - vor allem für einen bildungs- und sozialpädagogischen Zweck - vorgesehen sind, um damit irgendein anderes Defizit auszugleichen. Der Bund werde sicherlich schauen, wie mit dem Geld gearbeitet wurde. Und wenn z. B. zusätzliche Blitzer für das Straßenverkehrsamt finanziert wurden, sehe er die Gefahr, dass etwas zurückgezahlt werden muss.

Ist der Zweck allerdings voll und ganz erfüllt, könnten die übriggebliebenen Gelder natürlich in den Haushalt eingestellt werden. Das erscheine aber als sehr unwahrscheinlich.

Alles in allem empfehle er eine nochmalige Beratung in den Fraktionen, welche der drei Varianten mitgetragen werden – unabhängig davon, welcher Ausschuss was empfohlen habe.

**Herr Selbitz** greift diese Anregung auf und schlägt vor, folgenden Beschluss zu fassen: „*Der Kreisausschuss beschließt, dem Kreistag die Variante 3 zur Beschlussfassung zu empfehlen.*“ Damit werde eindeutig eine Richtung vorgegeben.

**Herr Klein** erklärt zur Verwendung der Bildungs- und Teilhabepaket-Mittel aus dem Jahr 2012, dass der Landkreis vom Bund pauschal, gelegt auf die Kosten der Unterkunft, einen prozentualen Satz für Bildungs- und Teilhabepaket-Aufgaben bekommen hat – u. a. für Mittagessen, aber auch für die Bildungssozialarbeit.

Die pauschalen Einnahmen und die Sachaufwendungen des Jahres 2012 wurden gegenübergestellt und dabei ein Überschuss von 430.000 Euro festgestellt.

Nicht eingerechnet wurden allerdings die eigenen Personalkosten und die allgemeinen Verwaltungskosten, die bei der Umsetzung dieser Bildungs- und Teilhabeleistungen angefallen sind. Damit wurde dem Konnexitätsansatz des Bundes, Sachmittel aber keine Personalmittel zur Verfügung zu stellen, quasi 1 : 1 entsprochen.

Die Revision der Mittel aus 2012 ist nunmehr abgeschlossen. Der Bund habe bereits geprüft und die prozentualen Sätze für 2013 angepasst. Das bedeute, dass es nach derzeitigem Kenntnisstand zu 99 % keine Rückforderungen geben werde.

Zur Klarstellung wird hinzugefügt, dass die Mittel bereits im Jahr 2012 geflossen sind und es keine zusätzlichen Einnahmen geben werde. Im aktuellen Haushaltsentwurf seien zwar vorsorglich 430.000 Euro eingestellt; es werde aber vorgeschlagen, nur max. 307.500 Euro zu verwenden und den Rest zu nutzen, die ausgewiesenen Defizite im Ergebnis- und Finanzhaushalt auszugleichen bzw. zu verringern.

**Landrat Loge** könnte persönlich die Empfehlung des Jugendhilfeausschusses mittragen, zumindest den Punkt 1. Die Verwaltung werde versuchen, aus den 5 Mio. Euro des Landes die Stellen 1 und 2 finanziert zu bekommen. Dann müssten diese aber aus dem Beschluss ausgeklammert werden.

**Herr Dr. Kuttner** begrüßt, dass das Amt Schenkenländchen Stellenanteile der Denkwerkstatt Halbe übernehmen will. Beim Netzwerk Gesunde Kinder müsse der Landkreis aber auch nicht für alles und jeden einspringen.

Es sei auch nicht so, dass der Bund dann sagen könne, der Landkreis habe einen Blitzer gekauft, sondern damit werde lediglich die Entnahme aus der Rücklage gesenkt.

Der von Herrn Wille angeführte Vergleich habe sicherlich nur zur Verdeutlichung seines Anliegens gedient.

Bei aller Wichtigkeit der Sozialarbeit sollte es den Kreistag nicht schmerzen, einmal keine Gelder aus der Rücklage zu entnehmen.

**Landrat Loge** stellt fest, dass für die Intentionen des Jugendhilfeausschusses kein Platz mehr wäre, wenn dem Kreistag die Vorlage in der bestehenden Form zur Beschlussfassung empfohlen wird. Dann wäre die Finanzierung der Weiterführung der Bildungssozialarbeit 2014 bei 307.500 Euro gedeckelt. Außerdem wären die Stellen 1 und 2 mitbeschlossen, bei denen ja eine andere Finanzierung geprüft werden soll.

**Herr Helbig** empfiehlt ebenfalls, dass sich die Fraktionen im Vorfeld des Kreistages noch einmal beraten. Die Vorlage sollte heute ohne Empfehlung an den Kreistag weitergeleitet werden.

Die Abgeordneten signalisieren Zustimmung zu dieser Verfahrensweise. Die Vorlage wird ohne Empfehlung an den Kreistag weitergeleitet.

---

**TOP 2.3            Jugendförderplan des Landkreises Dahme-Spreewald für das Jahr 2014,  
Vorl.Nr. 2013/108-1**

---

**Landrat Loge** führt aus, dass der Jugendhilfeausschuss am 06.11.2013 und der Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit am 07.11.2013 eine einstimmige Zustimmungsempfehlung gegeben haben.

**Abstimmung über die Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:  
- einstimmig bestätigt -**

---

**TOP 2.4            Haushaltssatzung des Landkreises Dahme-Spreewald für das Haushalts-  
jahr 2014 mit Haushaltsplan (hier: Überarbeitung des Entwurfes)  
Vorl.Nr. 2013/108-2**

---

**Landrat Loge** teilt mit, dass die Vorlage mit folgendem Ergebnis in den Fachausschüssen beraten wurde:

Ausschuss für Bauen und Umwelt am 04.11.2013	zur Kenntnis genommen
Gesundheits- und Sozialausschuss am 04.11.2013	zur Kenntnis genommen
Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur am 05.11.2013	einstimmige Zustimmungsempfehlung
Jugendhilfeausschuss am 06.11.2013	einstimmige Zustimmungsempfehlung
Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus am 06.11.2013	einstimmige Zustimmungsempfehlung
Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit am 07.11.2013	ohne Beschlussempfehlung, da die Beratungen in den Fraktionen noch nicht abgeschlossen waren

**Herr Dr. Kuttner** erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Haushalt zustimmen wird. Mit dem Partner SPD sei man jedoch verschiedener Meinung, was das Jobcenter betrifft. Da würde die CDU einen anderen Weg gehen.

In der Stellungnahme der Fraktion wurden sehr eindeutig Vorschläge zur Personalsituation unterbreitet, über die im Personalamt intensiv nachgedacht und eventuell dieses oder jenes in die Wege geleitet werden sollte, um auch hier zu einer Konsolidierung des Haushalts

beizutragen. Herr Starke hatte ja einmal erwähnt, dass es kein Ausgabeproblem, sondern ein strukturelles Problem gebe. Und das sei nach Auffassung der CDU-Fraktion nicht überwunden.

Bemängelt werde in der Stellungnahme der Fraktion auch vieles, was mit dem Baugeschehen und unklaren Zahlen zu tun habe. Die Forderungen dazu müssen von der Verwaltung erfüllt werden, ansonsten gehe es gar nicht.

Die Stellungnahme der SPD-Fraktion habe er zwar nur kurz überlesen können, aber es sei vorstellbar, dass sich die CDU-Fraktion dem Gedanken anschließt, den Zahlungsmittelbestand bei 20 Mio. Euro zu halten.

In Anbetracht der Finanzlage sollte auch mehr über die freiwilligen Aufgaben nachgedacht werden. Ob es dem Landkreis gefalle oder nicht, aber spätestens 2019, wenn über den Länderfinanzausgleich viele Dinge anders geregelt werden, werde es vermutlich schmerzhaft Einschnitte geben. Habe sich der Landkreis gut darauf vorbereitet, könne das nur positiv sein.

Hinsichtlich der Kreisumlage habe die Fraktion bei der Klausurberatung das erste Mal erfahren, dass der Landkreis Dahme-Spreewald hier nicht der Beste sei. Der Landkreis Oberhavel sei aber nur deshalb so gut, weil er nicht wie der LDS 84 % an die Gemeinden für die Kindertagesstätten zahlt, sondern 60 %. Das sei für die CDU-Fraktion aber keinesfalls erstrebenswert.

**Landrat Loge** merkt an, dass bezüglich des Neubaus eines Verwaltungsgebäudes (Jobcenter) ein Ingenieurbüro mit einer Machbarkeitsanalyse beauftragt wurde, um den optimalen Standort und die Finanzierbarkeit zu ermitteln. Erste Ergebnisse könnten in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauen und Umwelt vorgestellt werden.

**Herr Kolan** erinnert, dass der Kreistag vor geraumer Zeit einen Beschluss gefasst hatte, die Personalkosten bei 38 Mio. Euro zu deckeln. Dass sich diese Summe infolge von Tarifierhöhungen nach oben bewegen werde, sei auch klar. Eine Nachfrage in der Kämmerei habe ergeben, dass ungefähr 800.000 Euro für Tarifierhöhungen bei Angestellten und rund 200.000 Euro für Besoldungserhöhungen bei Beamten eingerechnet wurden. Das ergebe eine Gesamtsumme von 39 Mio. Euro. Angesetzt im Haushalt seien aber 40,6 Mio. Euro.

Die SPD-Fraktion möchte keinen Stellenaufwuchs, der Personalkosten von 40,6 Mio. produziert. Deshalb werde vorgeschlagen, dass sich die Fraktionen ggf. darauf einigen, die Personalkosten bei 39 Mio. Euro festzuschreiben. Der Kämmerer habe allerdings schon darauf hingewiesen, dass dies technisch nicht möglich sei. Die 40,6 Mio. Euro müssen also stehen bleiben.

Die SPD-Fraktion schlägt vor, die neuen Stellen mit Sperrvermerken zu versehen.

**Herr Selbitz** könnte sich vorstellen, dass sich die Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 diesem Vorschlag anschließt.

**Landrat Loge** merkt zu den Stellenerhöhungen an, dass im Jahr 2011 etwa 60 zusätzliche Arbeitskräfte erforderlich gewesen wären, um den hohen Krankenstand zu überbrücken. 2012 waren es immer noch 57 Arbeitskräfte. Beim Wohngeld oder beim BAföG liefen die Bearbeitungsrückstände immer weiter auf.

**Herr Helbig** erklärt, dass Sperrvermerke auch in der Fraktion DIE LINKE eine Rolle gespielt haben. Möglicherweise enge sich der Landkreis aber mit so einer drastischen Maßnahme in seiner Handlungsfähigkeit ein.

Die Fraktion ist dafür, bei der Deckelung von 39 Mio. Euro zu bleiben, aber der Weg dorthin wäre ein anderer.

Generell ausgeschlossen werden betriebsbedingte Kündigungen. Es sollte jedoch externer Sachverstand mit eingeholt werden und der Stellenplan unter dem Aspekt pflichtiger und freiwilliger Aufgaben analysiert werden. Dabei sollte alles auf den Prüfstand gestellt werden. Vielleicht stelle sich dann sogar heraus, dass in bestimmten Bereichen zusätzliches Personal benötigt werde. In diesem Zusammenhang sollte auch überlegt werden, die Stellen, die aus Altersgründen oder durch Kündigungen frei werden, nicht mehr unbedingt neu zu besetzen bzw. nur in dem Maße, dass die Kostendeckelung bei 39 Mio. Euro sichergestellt sei.

**Landrat Loge** betont, dass zunehmend Aufgaben vom Land übernommen werden müssen. Zwei der Aufwuchsstellen wurden sogar von der kommunalen Prüfungsstelle des Innenministeriums gefordert.

**Herr Dr. Kuttner** mahnt an, die Haushaltsdiskussion nicht nur auf den Neubau eines Verwaltungsgebäudes oder die Stellenausstattung zu beschränken. Es gebe zahlreiche weitere Positionen im Haushalt.

Die Verwaltung habe auch schon viel getan, denn ursprünglich waren mehr als nur 21 Stellen in der Diskussion, die aufwachsen sollten.

**Herr Kolan** gibt zu den Ausführungen von Herrn Helbig zu bedenken, dass die Analyse von freiwilligen Aufgaben und Pflichtaufgaben nicht so schnell erfolgen könne wie der Haushalt verabschiedet werden muss. Die Ergebnisse werden vermutlich frühestens im Sommer vorliegen und im Moment sei auch noch unklar, was so eine Analyse kosten würde.

Nach wie vor bestehe also das Problem, sich auf 39 Mio. Euro oder 40,6 Mio. Euro Personalkosten zu einigen. Die Sperrvermerke seien vielleicht die Variante, mit der die Personalkosten am schnellsten und effektivsten in den Griff zu bekommen wären. Will die Verwaltung diesen oder jenen Sperrvermerk gelöscht bekommen, müsse gegenüber dem Kreistag begründet werden, warum die Stelle unbedingt gebraucht werde.

**Herr Wille** weist darauf hin, dass in den vergangenen Jahren unter Vorbehalt auch häufig Beschlüsse gefasst wurden, damit das Zahlenwerk nicht noch einmal aufgeknötet werden musste. Im Laufe des Jahres wurde dann nachgearbeitet. Es liege jetzt an der Verwaltung, wie schnell für die beantragten neuen Stellen eine detaillierte Begründung vorgetragen werden kann, um die Sperrung wieder aufzuheben. Die Erörterung über die Freigabe bestimmter Stellen könnte im jeweiligen Fachausschuss oder generell im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit erfolgen. Dem Kreistag werde dann ggf. eine Empfehlung gegeben, den Sperrvermerk aufzuheben. Wenn vernünftig begründet werde, speziell im sozialen Bereich, werde der Kreistag einer Freigabe bestimmt nicht ablehnend gegenüberstehen.

Er habe sich auch den Stellenplan etwas genauer angeschaut. Vieles erscheine nicht so richtig überzeugend; zum Beispiel, dass ein Mehrbedarf entsteht, weil im nächsten Jahr der Flughafen BER in Betrieb gehen soll.

Alles in allem gebe es ein paar Dinge, über die geredet werden sollte. Im gemeinsamen Bemühen könnte es jedoch gelingen, den größten Teil der neuen Stellen zu entsperren.

**Landrat Loge** könnte sich eine generelle Behandlung im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit vorstellen.

**Herr Terno** kann sich erinnern, dass es ein Vorschlag von SPD- und CDU-Fraktion war, die Lohnkosten bei 38 Mio. Euro zu deckeln. Dass es nun 39 Mio. Euro werden, sei Tarifabschlüssen geschuldet, da könne der Landkreis nichts dafür. Bei 39 Mio. Euro sollte aber Schluss sein.

Überdies sehe er aus seinem Berufsalltag heraus Einsparpotentiale in der Verwaltung. Wenn zwei Mitarbeiter des Umweltamtes über die Wiesen gehen und Bäume zählen, die die Landwirte im Zusammenhang mit einem Agrarförderantrag bereits als Landschaftselemente kartiert haben, sei das doppelte Arbeit. Die Daten könnte sich das Umweltamt bestimmt beschaffen.

Ein anderes Beispiel sei die Betriebskontrolle; der Kontrolleur kommt mit Kraftfahrer, weil der Mitarbeiter im Außendienst nicht bereit ist, selbst Auto zu fahren.

Außerdem wurden im Haushalt schon vor zwei Jahren Gelder für die Beschaffung höhenverstellbarer Schreibtische eingestellt; mit der Begründung und in der Hoffnung, dass der Krankenstand dann etwas sinken werde. Wenn es nun nicht wesentlich besser geworden sei, hätte das Geld auch gespart werden können.

Er vermute auch, dass viele dieser Schreibtische in den zwei Jahren, seitdem sie angeschafft wurden, noch nie in der Höhe verstellt wurden.

**Landrat Loge** hat sich einige dieser Schreibtische angesehen und festgestellt, dass sie in der Höhe verstellt wurden. Eine positive gesundheitliche Wirkung trete auch nicht sofort ein, das sei langwierig.

Bei den anderen Beispielen handelt es sich möglicherweise um Zufälle, die nicht pauschalisiert werden sollten.

**Herr Dr. Kuttner** ist ebenfalls dafür, die Freigabe bestimmter neuer Stellen im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit zu erörtern. Zudem sehe er für die Haushaltsdiskussion in den nächsten Jahren die Teilnahme von Vertretern des Personalamtes an Fachausschusssitzungen und Klausurberatungen der Fraktionen als dringend erforderlich an.

Außerdem sei es seiner Meinung nach ungeschickt und nicht besonders gradlinig, dem Kreistag in der September-Sitzung ein Personalentwicklungskonzept mit einer durchgängigen 40-Stunden-Woche zur Beschlussfassung vorzulegen und jetzt mit neuen Stellen im Haushalt hinterherzukommen. Das hätte alles in einem Rahmen diskutiert werden können.

Die CDU-Fraktion plädiert für eine 38-Stunden-Woche. Bei über 700 Beschäftigten würden dann ca. 1.500 Arbeitsstunden wöchentlich zusätzlich zur Verfügung stehen. Dabei sei klar, dass das nicht von heute auf morgen geht.

Abschließend werde gebeten, im Dezember-Kreistag nicht über jede einzelne neue Stelle zu diskutieren. Notfalls sollten sich die Fraktionsvorsitzenden noch einmal zusammensetzen.

**Herr Kolan** bittet zur Tiefbaumaßnahme *Anschlussstelle Baruth KG Hocheinbau* um Information, was der Landkreis Dahme-Spreewald in Baruth zu tun habe.

**Landrat Loge** erwidert, dass es sich seinem Wissen nach um eine Maßnahme an einer Kreisstraße bis zur Kreisgrenze handelt.

**Herr Luban** wünscht sich eine Verwaltung, die mit Fachleuten vernünftig und effektiv 40 Stunden in der Woche arbeitet. Und da seien 39 Mio. Euro Personalkosten möglicherweise noch zu wenig. In Anbetracht dessen, dass es z. B. seit 2009 Probleme gebe, Schulgebühren zu berechnen und der Personalbestand es nicht hergegeben habe, diesen Zustand vier Jahre lang zu ändern und die Einnahmesituation zu verbessern, sollte es den Kreistag nicht schmerzen, vielleicht auch 40,6 Mio. Euro für die Personalkosten aufzuwenden.

Hinsichtlich des Jobcenters war ursprünglich eine Finanzierung durch einen Investor angedacht. Das hatte sich dann zerschlagen und der Landkreis wolle nun selbst investieren.

Die Fraktionen sollten jedoch noch einmal überlegen, ob ein Neubau im avisierten Kostenumfang wirklich notwendig sei. Vielleicht gebe es günstigere Lösungen. Vor einiger Zeit wurde ja schon einmal angeregt, auf ein bereits bestehendes Gebäude zurückzugreifen.

Weiterhin bestehe noch immer das Problem der Beitragsnachforderungen des Luckauer Trink- und Abwasserzweckverbandes (TAZV) für Flächen im Industriegebiet Alteno. Es sei zu hören, dass die Firmen, die hohe Summen nachzahlen sollen, gerichtlich gegen die Wirtschaftsförderungsgesellschaft vorgehen wollen, weil die Kaufverträge seinerzeit nicht einwandfrei abgeschlossen wurden. Werden den Klagen entsprochen, könnte eine erhebliche Summe auf den Landkreis zukommen. Vielleicht sollten vorsorglich Mittel in den Haushalt 2014 eingestellt werden.

**Landrat Loge** antwortet, dass nur das eingerechnet wurde, was die Wirtschaftsförderungsgesellschaft gegebenenfalls selbst leisten muss, keine Schadensersatzansprüche Dritter. Es lasse sich auch nicht einschätzen, wie das Ganze ausgehen wird.

Überdies habe die Personalentwicklungskonzeption nicht unbedingt etwas mit dem Stellenplan zu tun. Auf die 38 bis 40 Stunden wurde z. B. orientiert, um die Arbeitsplätze in der Kreisverwaltung noch attraktiver anzubieten.

Weil es noch Klärungsbedarf in den Fraktionen gibt, werde vorgeschlagen, die Vorlage heute ohne Empfehlung an den Kreistag weiterzuleiten.

Die Abgeordneten signalisieren bei 1 Enthaltung Zustimmung zu dieser Verfahrensweise. Die Vorlage wird ohne Empfehlung an den Kreistag weitergeleitet.

---

#### **TOP 2.5            Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen im Rettungsdienst des Landkreises Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2013/104**

---

**Landrat Loge** erklärt, dass der Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit am 07.11.2013 eine einstimmige Zustimmungsempfehlung gegeben hat.

**Herr Dr. Kuttner** bittet um eine Gegenüberstellung der Gebührensätze und Kosten für die Jahre 2013 und 2014.

**Herr Starke** sagt zu, zum Kreistag eine entsprechende Synopse vorzulegen.

**Abstimmung über die Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:**  
**- einstimmig bestätigt -**

---

#### **TOP 2.6            Fortschreibung des Rettungsdienstbereichsplanes im Rettungsdienst für den Landkreis Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2013/105**

---

**Landrat Loge** teilt mit, dass der Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit am 07.11.2013 eine einstimmige Zustimmungsempfehlung gegeben hat.

Auf entsprechende Nachfrage von **Landrat Loge** informiert **Frau Enders**, dass die Rettungswache in Königs Wusterhausen am 22.11.2013 übergeben wird.

**Abstimmung über die Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:**  
**- einstimmig bestätigt -**

---

#### **TOP 3.            Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge**

---

Es liegen keine Dringlichkeitsvorlagen/-anträge vor.

#### **TOP 4. Genehmigung von Dienstreisen**

---

**Landrat Loge** erklärt, dass Herr Selbitz, Herr Kolan und Herr Dr. Kuttner am 16.10.2013 die Genehmigung einer Dienstreise am 22.10.2013 nach Cottbus zur Festveranstaltung anlässlich des 200. Geburtstages von Ludwig Leichhardt beantragt haben.

**Herr Kolan** und **Herr Dr. Kuttner** zeigen an, dass sie an der Veranstaltung aus Termingründen nicht teilnehmen konnten.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -**  
**Beschluss Nr. KA Dienstreise Herr Selbitz am 22.10.2013 nach Cottbus**

**Der Kreisausschuss genehmigt die Dienstreise von Herrn Selbitz am 22.10.2013 zur Festveranstaltung anlässlich des 200. Geburtstages von Ludwig Leichhardt.**

#### **TOP 5. Informationsvorlagen**

---

##### **TOP 5.1 Bericht über die Umsetzung des SGB II im Jobcenter Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2013/101**

---

**Herr Selbitz** bemängelt, dass die Vergleichszahlen zu 2012 bei der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern sowie der Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes fehlen.

**Landrat Loge** möchte von Frau Malsbender wissen, inwieweit die Kosten der Unterkunft durch die zurückliegenden Mieterhöhungen angestiegen sind. Seinem Wissen nach gebe es auch einen Rückstand bei der Bearbeitung der Leistungsanträge.

**Frau Malsbender** erwidert, dass es bei den Kosten der Unterkunft noch etwas zu früh für konkrete Aussagen sei. Gegebenenfalls könnte dem Kreistag am 04.12.2013 etwas vorgelegt werden.

Bei der Bearbeitung der Leistungsanträge gebe es keine Rückstände. Die standardmäßig vorgegebene Bearbeitungsdauer werde eingehalten. Im Einzelfall könne es allerdings etwas länger dauern, wenn die Antragsunterlagen nicht vollständig sind.

**Herr Kolan** ist mit der Formulierung *Unterspreewald (inkl. Golßener Land)* in der Tabelle unter 5.2.1 unzufrieden. Das Amt Golßener Land sei nicht im Amt Unterspreewald aufgegangen, sondern zwei Ämter haben ein neues Amt gegründet. Insofern wäre es besser, *Amt Unterspreewald neu* zu schreiben und in einer Fußnote zu erwähnen, dass es einmal zwei Ämter waren.

**Frau Malsbender** nimmt diesen Hinweis auf.

Weiterer Redebedarf besteht nicht. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **TOP 6. Informationen aus den Gesellschaften**

---

**Herr Starke** führt aus:

### *Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH (WFG)*

Das III. Quartal 2013 wurde gut abgeschlossen, 77.600 Euro Überschuss wurden erwirtschaftet. Aus dem Abschluss des Vergleichsverfahrens Schallschutz/Wärmeverbund wurden 250.000 Euro eingenommen. Beim ZLR I stehen im Jahr 2014 bzw. 2015 Investitionen in das Wärmedämmverbundsystem an.

Der Vermietungsstand beim ZLR III beträgt zum Jahresende ca. 60 %. Mietverträge für die große Halle, die geteilt werden soll, liegen bereits vor, so dass zu Beginn 2014 eine Mietauslastung von 90 % erwartet wird.

Die ILB prüft derzeit das Investitionsvorhaben ZLR III, hier steht noch eine Zahlung von 393.000 Euro durch die ILB aus.

Zur TAZV-Problematik soll die noch ausstehende Entscheidung des 9. Senats beim Verwaltungsgericht Cottbus abgewartet werden. Es könne für 2014 nicht einfach ein Betrag in den Haushalt eingestellt werden, denn alles müsse auch gegenfinanziert werden. Insofern wurde für den Haushalt 2014 nur die Zahlung berücksichtigt, die die Wirtschaftsförderungsgesellschaft selbst leisten muss.

### *Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH (TGZ)*

Auf Grund der guten Mietauslastung können noch kleinere Investitionen durchgeführt werden. Zum Jahresende wird von einem Jahresüberschuss in Höhe von rund 11.000 Euro ausgegangen. Die Stadt Wildau habe aber Straßenbaubeiträge in Höhe von 40.000 Euro angekündigt.

Die letzten Abstimmungen zur Neufassung des Gesellschaftsvertrages laufen zurzeit. Die Beschlussfassung durch den Kreistag soll Anfang 2014 erfolgen.

### *Klinikum Dahme-Spreewald GmbH (KDS)*

Der Managementvertrag mit der Sana Kliniken AG läuft zum 31.12.2013 aus. Es ist vorgesehen, die jetzige Geschäftsführerin dann direkt bei der Klinikum Dahme-Spreewald GmbH anzustellen.

### *Energierregion Lausitz-Spreewald GmbH (ELS)*

Die geplanten Zuschüsse von 60.000 Euro werden durch die Gesellschaft abgerufen. Der Wirtschaftsplan 2014 soll im Umlaufverfahren beschlossen werden. Der Betrauungsakt soll Anfang des Jahres 2014 den kreislichen Gremien zur Diskussion und Beschlussfassung übergeben werden.

### *Berlin-Brandenburg Area Development Company (BADC)*

Die Gesellschafter haben sich mehrheitlich gegen die Einrichtung eines freiwilligen Aufsichtsrates als zusätzliches Gremium entschieden. Es wird davon ausgegangen, dass durch die Präsenz in der Gesellschafterversammlung eine ausreichende Interessenvertretung gesichert ist.

In der Gesellschafterversammlung am 12.12.2013 soll der neue Gesellschaftsvertrag beschlossen werden. Die Vorabstimmungen mit den Gesellschaftern des LDS sind abgeschlossen.

#### *IBA Fürst-Pückler-Land GmbH i. L.*

Für 2013 wird noch die Auszahlung des ausstehenden Betrages aus dem Projekt RESOURCE erwartet. Die Suche nach einem Rechtsnachfolger blieb bisher ohne Ergebnis. Noch im Dezember soll eine Gesellschafterversammlung, u. a. zu diesem Thema, stattfinden.

#### *KAEV*

Die nächste Verbandsversammlung findet am 28.11.2013 statt, in der der Wirtschaftsplan 2014 beschlossen werden soll.

#### *Gewässerrandstreifenprojekt*

Die nächste Verbandsversammlung ist für den 26.11.2013 geplant. Hier stehen u. a. der Jahresabschluss, die Wahl des stellvertretenden Verbandsvorsitzenden und der Beschluss zur Auszahlung von Leistungsentgelten auf der Tagesordnung.

**Landrat Loge** erklärt zur BADC, dass die gegenwärtige Bewegung der Tatsache geschuldet sei, dass einige Kommunen, vor allen Dingen aus Teltow-Fläming, ihre Prozente aufgestockt haben und nun überlegt werde, wie es denn überhaupt mit dem Vorsitz und der Funktionsverteilung weitergehen soll. Bisher habe der Landkreis Dahme-Spreewald die inhaltliche Arbeit über das Beteiligungsmanagement und den Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft sehr intensiv begleitet.

## **TOP 7.        Verschiedenes**

---

### *Brief an den Verkehrsausschuss des Bundes zum Ausbau der Bahnstrecke Berlin-Dresden auf eine Geschwindigkeit von 200 km/h*

**Landrat Loge** informiert, dass sich die Mitglieder des Ausschusses für Bauen und Umwelt in ihrer Sitzung am 04.11.2013 mit dem Entwurf eines Briefes bezüglich des Ausbaues der Bahnstrecke Berlin – Dresden auf eine Geschwindigkeit von 200 km/h an den Verkehrsausschuss des Bundes befasst haben. Herr Laubisch wurde von den Ausschussmitgliedern beauftragt, den Entwurf zu erarbeiten. Dieser wurde auch an alle Fraktionsvorsitzenden mit der Bitte gesandt, weitere Vorschläge einzubringen.

Es ist vorgesehen, im kommenden Kreistag eine entsprechende Vorlage mit dem abschließenden Entwurf einzubringen.

### *Wahltermine 2014*

Für das kommende Jahr stehen nunmehr alle Wahltermine fest.

Die Kommunalwahlen finden zusammen mit den Europawahlen am 25. Mai 2014 statt. Die Landtagswahlen in Brandenburg finden am 14. September 2014 statt.

In den kommenden Tagen werde sich das Kreiswahlbüro an die Parteien mit der Bitte wenden, Vorschläge zur Besetzung der Kreiswahlausschüsse für die Europa- und Kommunalwahlen zu unterbreiten.

Der/Die Kreiswahlleiter/in und sein/e Stellvertreter/in für die Landtagswahlen werden auf Vorschlag des Kreisausschusses durch den Landeswahlleiter berufen. Zum nächsten Kreisausschuss im Januar 2014 soll eine entsprechende Vorlage übergeben werden.

#### *Sammlung über Ludwig Leichhardt/Querungshilfe in Prieros/Tag gegen Gewalt an Frauen*

**Herr Selbitz** informiert, dass er mit Herrn Marx wegen der Archivierung seiner umfangreichen Sammlung über Ludwig Leichhardt im Kreisarchiv gesprochen habe. Herr Marx sei noch in der Denkphase, um seine eigenen Ansprüche an die Materialien zu sichern. Er habe aber versprochen, außer den bereits etwa 200.000 vernichteten Stücken nichts weiter auszusondern, sondern erst mit dem Kreisarchivar Rücksprache zu nehmen.

Weiterhin gab es in der Einwohnerfragestunde des Kreistages am 04.09.2013 eine Anfrage zur Querungshilfe über die B 246 in der Ortslage Prieros. In der Antwort wurden Vororttermine am 23.09. und 25.09.13 genannt. Es sei zu fragen, welche Ergebnisse es gab. Die Antwort könne auch im Kreistag gegeben werden.

Ferner findet am kommenden Montag zeitgleich mit dem *Fachtag Kinderschutz 2013* auch der „*Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen*“ statt. Seitens der SHIA ist es unverständlich, dass dies nicht gemeinsam thematisiert werden soll.

Der Landrat werde gebeten, an diesem Tag auch eine Möglichkeit der Würdigung des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen zu finden.

**Landrat Loge** erwidert, dass entschieden wurde, dass es nicht in den Rahmen der Fachtagung Kinderschutz 2013 passt. Diese Information erhielt auch Frau Uhlworm. Er werde aber noch einmal Rücksprache mit Herrn Saß nehmen.

#### *Asylbewerberheim*

**Herr Dr. Kuttner** bittet die Verwaltung, in Zukunft überall (Pressemitteilungen, Haushalt usw.) zu berücksichtigen, dass sich das zweite Asylbewerberheim, das der Landkreis in Kürze haben werde, in Bestensee befindet. Pätz sei ein Ortsteil von Bestensee.

In diesem Zusammenhang informiert **Landrat Loge**, dass der Kreistagsabgeordnete Herr Knuffke für den kommenden Freitag in Bestensee eine Demonstration gegen das Asylbewerberheim angemeldet hat.

Nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit wird die Kreisausschusssitzung um 18:50 Uhr mit Tagesordnungspunkt 8 fortgesetzt.